



Soziale Initiative Pöbneck
www.soziale-initiative-poessneck.de

Constanze Truschzinski
Rosa Luxemburg Str. 13
07381 Pöbneck
0173 888 41 53

Pöbneck, der 27.01.2011

REDE am 27.01.2011 im Stadtrat
Kommunalaufsicht stoppt Zinsspekulation für Stadthaushalt

Der Stadtrat muss seine Haushaltssatzung im §2 den Grundsätzen der kommunalen Haushaltsführung anpassen und das ist gut so. Denn Kommunen haben nicht die Aufgabe durch Zinsspekulationen die Finanzmärkte zu stärken.

Ob eine tatsächliche Einsparung eingetreten wäre kann nicht belegt werden. Denn die Stadt Pöbneck hat keinen konkreten Zinsvorteil errechnet.

Dies ist jedenfalls aus der druckfrischen Antwort der Thüringer Landesregierung an den Thüringer Landtag ersichtlich.

Aus der Antwort zur kleinen Anfrage Nr. 1104 des Abgeordneten Kuschel zu den Forward Darlehen der Stadt Pöbneck geht eindeutig hervor, dass ein erst im nächsten Haushaltsjahr zu valutierendes Grundgeschäft nicht zulässig ist.

Die Landesregierung sieht auch keinen Handlungsspielraum die Thüringer Kommunalordnung dahingegen zu ändern.

„weil Kreditinstitute für diese Darlehen regelmäßig Zinsaufschläge erheben werden, die sich an der Erwartungshaltung der Banken bezüglich der Zinsentwicklung und der Vorlaufzeit orientieren.

Der Vorteil dürfte also gering sein.

Spekulationen sind wegen der Klarheit und Nachvollziehbarkeit des Kommunalen Haushaltes unzulässig.

Der Haushaltssatzung kann ich dennoch nicht zustimmen, weil in ihr noch Straßenausbaubeiträge ohne Satzungsbeschluss in Höhe von 250.000 Euro für das Jahr 2011 der Abzocke von BürgerInnen dieser Stadt gleich kommt.

Dabei dürfte es sich also um eine Luftbuchung handeln und auch dies ist nicht zulässig.

Es sei denn sie sagen Ehrlich, dass sie ohne wenn und aber eine Straßenausbaubeitragssatzung ohne vorherige Diskussion mit den BürgerInnen beschließen wollen. Einmalige Beiträge, denn darauf bezieht sich ja diese Zahl.

Auch die steuerlichen Mehreinnahmen in Höhe von 888.000 Euro durch Anhebung der Grundsteuer A + B sind unsozial, rückschrittlich und entwicklungshemmend, finden ohne vorherige Diskussion mit den Betroffenen nicht die Zustimmung der Sozialen Initiative Pöbneck.

Es bleibt die Frage, ob neben dem Forward – Darlehen in der Haushaltssatzung, nicht auch die Planzahlen von Straßenausbaubeiträge, die Steuererhöhungen, die Zinszahlungen und Verpflichtungsermächtigungen überprüft werden müssten?

Constanze Truschzinski
Stadträtin
www.constanzetruschzinski.de